

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Inhaltsverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Teil A Aufgabe und Leistungen der Zusatzversorgung	1
1. Aufgabe der Zusatzversorgung	1
2. Rechtsgrundlagen	2
3. Reform der Zusatzversorgung	3
4. Versicherungsarten	4
5. Berechnung der Betriebsrente in der Pflichtversicherung	5
5.1 Die Altersfaktoren	5
5.2 Die Versorgungspunkte	6
5.3 Die Betriebsrentenformel	6
5.4 Die Überschussverteilung	7
5.4.1 Bonuspunkte	7
5.4.2 Bonuspunkte auch nach Ausscheiden (bei beitragsfreier Pflichtversicherung)	9
5.5 Soziale Komponenten	9
5.5.1 Zurechnungszeiten bei Erwerbsminderungsrente und Hinter- bliebenenversorgung	9
5.5.2 Elternzeit	10
5.6 Altersteilzeit	11
5.7 Teilzeit	12
5.8 Beurlaubung ohne Bezüge	12
5.9 Absenkung der Leistungszusage	12
6. Die Umstellung der Betriebsrente zum 1.1.2002	14
6.1 Startgutschrift für rentennahe Versicherte	14
6.2 Startgutschrift für rentenferne Versicherte	15
6.3 Rechtsprechung zur Startgutschrift für rentenferne Versi- cherte	16
6.4 Startgutschrift für beitragsfrei Pflichtversicherte	16

::rehm

ZUSATZVERSORGUNG V

	Seite
7. Die allgemeinen Voraussetzungen für eine Rentenleistung aus der Zusatzversorgung	17
7.1 Wartezeit	17
7.2 Versicherungsfall	17
7.2.1 Pflichtversicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung	17
7.2.2 Versicherte, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind	18
7.3 Antrag	19
7.4 Weitere Voraussetzungen	19
7.5 Mitwirken des Arbeitgebers	20
7.6 Abschlüsse wegen vorzeitiger Inanspruchnahme einer Rente	20
8. Erwerbsminderungsrenten	20
8.1 Rente wegen voller Erwerbsminderung	21
8.2 Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung	21
8.3 Die Zurechnungszeiten	22
8.4 Sonstiges zur Erwerbsminderungsrente	22
9. Hinterbliebenenversorgung	23
9.1 Witwen-/Witwerrente in der gesetzlichen Rentenversicherung	23
9.2 Hinterbliebenenversorgung für eingetragene Lebenspartnerschaften	25
9.3 Waisenrente	25
10. Sterbegeld	26
11. Anpassung der Renten	26
12. Auszahlung und Abfindung von Betriebsrenten	26
13. Versicherungsnachweise	27
14. Besteuerung der Betriebsrente	27
15. Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung aus der Betriebsrente	28
16. Finanzierung der Betriebsrente	28

	Seite
17. Träger der Zusatzversorgung	30
18. Überleitung von Versicherungszeiten	36
Teil B Beginn des Arbeitsverhältnisses/Anmeldung	37
1. Wer ist zur Zusatzversorgung anzumelden?	37
1.1 Beschäftigte	39
1.1.1 Begriff des Beschäftigten	39
1.1.2 Beamte, Richter, Soldaten, hauptamtliche Bürgermeister	39
1.1.3 Übungsleiter, ehrenamtlich tätige Bürgermeister, Feuerwehrrkommandanten und andere Beschäftigte mit Anspruch auf Aufwandsentschädigung	40
1.1.3.1 Übungsleiter	40
1.1.3.2 Inhaber von Ehrenämtern (z. B. ehrenamtliche Bürgermeister, Gemeinderäte, Stadträte, Stadtverordnete)	41
1.1.3.3 Feuerwehrkommandanten und andere Beschäftigte mit Aufwandsentschädigungen	42
1.1.4 Freiwilliges soziales Jahr	42
1.1.5 Heimarbeiter	42
1.1.6 Auszubildende	42
1.1.7 Vorstandsmitglieder	42
1.1.8 Mehrere Arbeitsverträge mit demselben Arbeitgeber	43
1.1.9 Mehrere Arbeitsverhältnisse bei verschiedenen Arbeitgebern	43
1.2 Mindestalter (17. Lebensjahr)	43
1.3 Wartezeiterfüllung bis zum Beginn der abschlagsfreien Regelaltersrente	44
1.4 Beschäftigung nach Vollendung des 65. Lebensjahres	46
1.5 Geringfügig Beschäftigte	46
1.5.1 Geringfügig entlohnte Beschäftigte	47
1.5.2 Kurzfristig Beschäftigte	47
1.6 Probezeit	48
1.7 Veränderungen in der Versicherungspflicht	49
1.7.1 Wegfall der 12-Monats-Regelung	49

1.7.2	Nachversicherung von teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern, die tariflich bis zum 31.3.1991 nicht zu versichern waren (unterhältig beschäftigte Arbeitnehmer)	49
2.	Was ist in folgenden Sonderfällen zu beachten?	50
2.1	Auszubildende, Schüler, Praktikanten, Volontäre, Arzt im Praktikum, Medizinalassistenten, Trainees, Umschüler, Studierende	50
2.1.1	Auszubildende, Schüler, Praktikanten, Volontäre	50
2.1.2	Arzt im Praktikum	51
2.1.3	Medizinalassistent	52
2.1.4	Trainee	52
2.1.5	Umschüler	52
2.2	Studierende, Studienförderungsvertrag	52
2.2.1	Studierende	52
2.2.2	Studienförderungsvertrag	53
2.3	Beschäftigte mit ausländischer Grundversorgung	53
2.4	Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer (Besonderheiten bei Altersteilzeit, Altersrente als Teilrente, Arbeit auf Abruf, Erziehungsurlaub)	54
2.5	Saisonarbeitnehmer	55
2.6	Waldarbeiter	56
2.7	Amtliche Tierärzte und Fleischkontrolleure	56
2.8	Vorstandsmitglieder	57
2.9	Ordensmitglieder, Pastoralassistenten, Organisten	58
2.10	Wechsel zu einem Arbeitgeber, der nicht Mitglied einer Zusatzversorgungskasse ist	58
3.	Wer ist von der Versicherungspflicht in der Zusatzversorgung ausgenommen oder befreit?	59
3.1	Beschäftigte mit bestehender Betriebsrentenzusage bei Mitgliedschaftsbeginn	59
3.2	Beschäftigte mit Anwartschaft/Anspruch auf beamtenrechtliche Versorgung	59
3.3	Leitende Angestellte, Chefärzte und sonstige vom Geltungsbereich des TVöD ausgenommene Beschäftigte	60

3.4	Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (§ 16 Abs. 1 SGB II), Ein-Euro-Jobs (§ 16 Abs. 3 SGB II), Beschäftigungszuschuss bei erwerbsfähigen Bedürftigen mit Vermittlungshindernissen (Förderung nach § 16a SGB II)	61
3.4.1	Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (§ 16 Abs. 1 SGB II)	61
3.4.2	Ein-Euro-Jobs (§ 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II)	63
3.4.3	Beschäftigungszuschuss bei erwerbsfähigen Bedürftigen mit Vermittlungshindernissen (Förderung nach § 16a SGB II)	63
3.5	Beschäftigte mit Rentenbezug	64
3.5.1	Bezug einer Altersrente	64
3.5.2	Bezug einer Erwerbsminderungsrente	65
3.6	Beschäftigte mit einer wissenschaftlichen Tätigkeit an Hochschulen oder Forschungseinrichtungen	65
3.7	Mitglieder bei anderen Versorgungseinrichtungen	66
3.7.1	Versorgungswerk der Presse	66
3.7.2	Berufsständische Versorgungseinrichtungen	67
3.7.3	Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen/Versorgungsanstalt der deutschen Kulturochester/Bundesbahn-Versicherungsanstalt Abteilung B	67
3.8	Lebensversicherung	68
3.8.1	Lebensversicherung anstelle der Pflichtversicherung	68
3.8.2	Lebensversicherung im Tarifgebiet Ost anstelle der Pflichtversicherung (vor dem 4.5.1995)	68
3.9	Beschäftigte mit Übergangszahlung/Übergangsversorgung im Justizvollzug und bei der Feuerwehr	69
4.	Überleitungen bei Wechsel der Zusatzversorgungskasse	69
4.1	Überleitung zwischen den kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen	70
4.2	Überleitung mit der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)	70
4.3	Gruppenüberleitungen	71
4.4	Kassenwechsel des Arbeitgebers	71

Teil C	Ende des Arbeitsverhältnisses/Wegfall der Versicherungspflicht/Abmeldung	73
1.	Wann endet die Versicherungspflicht?	73
2.	Welche zusatzversorgungsrechtlichen Folgen ergeben sich, wenn das Beschäftigungsverhältnis oder die Pflichtversicherung vor Rentenbeginn endet?	73
2.1	Auswirkung auf Bonuspunkte (§ 66 d. S.)	74
2.2	Auswirkung auf Erwerbsminderungsrenten und Hinterbliebenenrenten (§ 35 Abs. 2 d. S.)	75
2.3	Auswirkungen auf eine freiwillige Versicherung (§ 23 d. S.)	75
3.	Die Abmeldung	76
3.1	Ende der Pflichtversicherung (§ 20 d. S.)	76
3.2	Beitragsfreie Pflichtversicherung (§ 21 d. S.)	76
4.	Wie ist abzumelden?	77
5.	Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis in Sonderfällen	78
5.1	Übergangszahlung bzw. Übergangsversorgung (Feuerwehrtechnischer Einsatzdienst, Flugsicherungsdienst, Justizvollzugsdienst)	78
5.2	Wechsel zu einem Arbeitgeber, an dem der frühere Arbeitgeber beteiligt ist	79
5.3	Unterbrechung der Pflichtversicherung bei Waldarbeitern	79
5.4	Beendigung der Pflichtversicherung bei Saisonarbeitnehmern	80
6.	Beendigung bzw. Ruhen des Arbeitsverhältnisses wegen Bezugs einer Rente	82
6.1	Altersrenten	82
6.1.1	Regelaltersrente	82
6.1.2	Sonstige Altersrenten	82
6.2	Erwerbsminderungsrenten	83
6.2.1	Erwerbsminderungsrenten auf Dauer	84
6.2.2	Erwerbsminderungsrenten auf Zeit	85

Teil D	Laufendes Arbeitsverhältnis/Finanzierung der Zusatzversorgung, Steuer- und Sozialversicherungspflicht ...	87
1.	Was ist nach einer Anmeldung zu beachten?	87
2.	Was ist zusatzversorgungspflichtiges Entgelt?	88
2.1	Begriff	88
2.1.1	Steuerpflichtige, aber nicht zusatzversorgungspflichtige Entgelte	88
2.1.2	Höchstgrenze für das zusatzversorgungspflichtige Entgelt	89
2.1.2.1	Monatsgrenze	89
2.1.2.2	Grenzbetrag im Monat der Zahlung einer Zuwendung	92
2.2	Zuflussprinzip	93
2.2.1	Zuordnung im laufenden Jahr	93
2.2.2	Berichtigungsmeldungen im Zuflussprinzip	98
2.2.3	Zusatzversorgungspflichtige Entgelte nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	101
2.2.4	Zusatzversorgungspflichtige Entgelte und Erwerbsminderungsrente auf Zeit	102
2.2.5	Nachteilsausgleich	103
3.	Wie werden Umlagen und Beiträge errechnet?	104
3.1	Berechnung von Umlagen und Beiträgen	105
3.2	Zusätzliche Umlage	106
3.3	Fälligkeit der Umlagen, Beiträge und Sanierungsgelder ...	109
3.4	Eigenbeteiligung	112
3.4.1	Eigenbeteiligung an der Umlage	113
3.4.2	Eigenbeteiligung am Beitrag	113
4.	Meldebeispiele für unterschiedlich finanzierte Zusatzversorgungseinrichtungen	115
4.1	Rein umlagefinanzierte Zusatzversorgungseinrichtungen (evtl. mit Eigenbeteiligung an der Umlage und Sanierungsgeld)	116
4.2	Rein kapitalfinanzierte Zusatzversorgungseinrichtungen ..	117
4.3	Mischfinanzierte Zusatzversorgungseinrichtungen	117

5.	Wie werden Umlagen und Beiträge steuerrechtlich und sozialversicherungsrechtlich behandelt?	119
5.1	Steuerrechtliche Behandlung	119
5.1.1	Umlagen	119
5.1.2	Zusatzbeiträge	124
5.1.3	Sanierungsgelder	125
5.1.4	Eigenbeteiligung	126
5.2	Sozialversicherungsrechtliche Behandlung	126
5.2.1	Tarifgebiet West	127
5.2.2	Tarifgebiet Ost	133
6.	Wie sind zusatzversorgungspflichtiges Entgelt und Umlagen/Beiträge den Zusatzversorgungskassen zu melden?	135
6.1	Versicherungsabschnitte	135
6.2	Meldung des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts und der Umlagen/Beiträge bei einem laufenden Arbeitsverhältnis mit ununterbrochener Entgeltzahlung	136
7.	Was ist nach Ablauf eines Kalenderjahres zu beachten?	137
7.1	Manuelle Jahresmeldung	137
7.2	Jahresmeldung im Datenträgeraustausch	138
8.	Wie sind bereits gemeldete Daten vom Arbeitgeber zu berichtigen oder nachzumelden?	138
8.1	Berichtigungen und Namensänderungen	138
8.2	Nachmeldungen	139
9.	Jahresabrechnung	139
Teil E	Versicherungsabschnitte, Meldungen in Beispielen von A-Z	141
1.	Auszug aus dem Buchungsschlüsselverzeichnis	141
2.	Meldebeispiele von A-Z	143
2.1	Abgeordneter	143
2.2	Änderung der Arbeitszeit	144

	Seite
2.3 Altersteilzeit	145
2.3.1 Altersteilzeit vor dem 1.1.2003 vereinbart	146
2.3.2 Altersteilzeit nach dem 31.12.2002 vereinbart	147
2.3.3 Jahressonderzahlung bei Beginn der Altersteilzeit ab dem Jahr 2007	149
2.3.3.1 Beginn der Altersteilzeit bis einschließlich 1. Juli	149
2.3.3.2 Beginn der Altersteilzeit ab Oktober eines Jahres	150
2.3.3.3 Beginn der Altersteilzeit im August oder September	150
2.3.4 Krankheit während einer Altersteilzeit	152
2.3.4.1 Krankheit und Altersteilzeit vor 1.1.2003 vereinbart	152
2.3.4.2 Krankheit und Altersteilzeit nach 31.12.2002 vereinbart ...	153
2.3.5 Störfall bzw. Stornierung der Altersteilzeit	153
2.3.5.1 Regelfall: Wertguthaben	153
2.3.5.2 Sonderfall: Rückabwicklung	153
2.3.6 Zusammenfassende Darstellung der Meldungen bei Alters- teilzeit	154
2.3.7 Altersteilzeit in Sonderfällen (Aufstockung auf 95 %)	155
2.4 Arbeitsunterbrechung/Arbeit nach Anfall/Beurlaubung ohne Bezüge/Mutterschutz/Sonderurlaub	158
2.4.1 Arbeitsunterbrechung/Fehlzeiten mit gleichem Versiche- rungsmerkmal	158
2.4.2 Arbeitsunterbrechung/Fehlzeiten mit unterschiedlichen Ver- sicherungsmerkmalen	160
2.4.3 Beurlaubung ohne Bezüge/Sonderurlaub	161
2.5 Einmalige Zahlungen	162
2.5.1 Einmalige Zahlungen, die während eines bestehenden Arbeitsverhältnisses ausgezahlt werden	162
2.5.2 Einmalige Zahlungen, die bei oder nach der Beendigung bzw. Ruhen des Arbeitsverhältnisses ausgezahlt werden	162
2.6 Elternzeit	165
2.6.1 Grundsätze zur Elternzeit	165
2.6.2 Einmalzahlungen während der Elternzeit bzw. Mutter- schutzzeit	166
2.6.3 Elternzeit für mehrere Kinder und Zwillingsgeburt	168
2.6.4 Sonderurlaub im Anschluss an eine Elternzeit	171

	Seite
2.6.5 Geburt eines weiteren Kindes während eines Sonderurlaubs	172
2.6.6 Wiederaufnahme der Beschäftigung im Anschluss an die Mutterschutzzeit	173
2.6.7 Wiederaufnahme der Beschäftigung während der Elternzeit	174
2.7 Entgeltumwandlung	175
2.8 Entwicklungshelfer	178
2.9 Geringfügige Beschäftigung	182
2.9.1 Voraussetzungen	182
2.9.2 Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Umlage bei geringfügig Beschäftigten	183
2.10 Jahressonderzahlung	189
2.10.1 Jahressonderzahlungen, die dem Beschäftigten während eines bestehenden Arbeitsverhältnisses zufließen	190
2.10.2 Jahressonderzahlung, die dem Beschäftigten bei Beendigung bzw. Ruhen des Arbeitsverhältnisses oder nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses zufließen	193
2.10.3 Jahressonderzahlung bei Waldarbeitern	195
2.10.4 Jahressonderzahlung für Monate mit Krankengeldzuschuss und für Zeiten des Wehr- oder Zivildienstes	196
2.11 Krankheit	198
2.11.1 Beschäftigte mit Anspruch auf Krankenbezüge (vergleichsweise frühere Regelung § 71 BAT)	200
2.11.2 Beschäftigte mit Anspruch auf Lohnfortzahlung und Krankengeldzuschuss	201
2.12 Kurzarbeit	205
2.13 Mutterschutz	205
2.14 Rentenbezug	208
2.15 Saisonarbeitnehmer	214
2.15.1 Unbefristetes Arbeitsverhältnis	214
2.15.2 Arbeitsverhältnis für jede Saison	215
2.16 Sanierungsgeld	215
2.17 Sparkassensonderzahlung	217
2.18 Teilzeitbeschäftigung	220
2.19 Umschüler	220

	Seite
2.20 Unbezahlte Freistellung	221
2.21 Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer, die tariflich bis 31.3.1991 nicht zu versichern waren (vgl. Teil B 1.7.2)	222
2.22 Waldarbeiter mit Waldarbeiter-Tarifvertrag	226
2.23 Wehr- und Zivildienstleistende/Wehrübung/Soldat auf Zeit	228
2.23.1 Grundwehr- und Zivildienst	228
2.23.2 Wehrübung	230
2.23.3 Eignungsübung	231
2.23.4 Wehrpflichtiger Soldat auf Zeit für zwei Jahre	232
2.24 Zeitrentenbezug	234
2.25 Zuflussprinzip	237
2.25.1 Nachzahlungen/Rückforderungen während eines beste- henden Beschäftigungsverhältnis	238
2.25.2 Nachzahlungen/Rückforderungen nach dem Ende des Beschäftigungsverhältnisses	250
2.26 Zusatzbeitrag	252
2.27 Zusätzliche Umlage	254
Teil F Die freiwillige Versicherung in der Zusatzversorgung	257
1. Grundsätzliches zur freiwilligen Versicherung	257
1.1 Eigenes System neben der Pflichtversicherung	257
1.2 Ausgestaltung der freiwilligen Versicherung in der Zusatz- versorgung	258
1.2.1 Freiwillige Versicherung (Alt-Tarif)	258
1.2.2 Freiwillige Versicherung (Neu-Tarif)	259
1.2.3 Garantierte Leistung	259
1.2.4 Überschussbeteiligung durch Bonuspunkte	260
1.3 Auswahl des Risikos	261
1.3.1 Verzicht auf Hinterbliebenenversorgung	261
1.3.2 Verzicht auf Leistungen bei Erwerbsminderung	262
1.3.3 Kapitalwahlrecht	262
1.4 Begründung der freiwilligen Versicherung	263
1.4.1 Inhalt des Vertrages	263

	Seite
1.4.2 Begründung nur während eines bestehenden Arbeitsverhältnisses	263
1.4.3 Nicht nur Pflichtversicherte	263
1.4.4 Mitwirkung des Arbeitgebers	264
1.5 Fortsetzung der Versicherung nach Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis	264
1.6 Zahlung der Beiträge	265
1.6.1 Überweisung durch den Arbeitgeber	265
1.6.2 Beitragsfreie Versicherung	265
1.6.3 Kündigung	266
1.6.4 Verzicht auf Kündigung – Hartz-IV-Sicherheit	266
1.7 Staatliche Förderung der freiwilligen Versicherung in der Zusatzversorgung	267
1.8 Die Rentenleistung aus der freiwilligen Versicherung	267
1.9 Vorteile der freiwilligen Versicherung in der Zusatzversorgung	268
1.10 Die Arbeitgeber-Höherversicherung	268
2. Die staatliche Förderung durch Entgeltumwandlung ..	269
2.1 Entgeltumwandlung	269
2.2 Personenkreis	270
2.3 Die Durchführungswege	271
2.4 Umwandelbares Entgelt	271
2.5 Grenzen der Entgeltumwandlung	272
2.5.1 Grenzbetrag für die Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit	272
2.5.2 Abgrenzung Alt- und Neuzusage	273
2.5.3 Einschränkung der Steuerfreiheit für den Versicherten	273
2.5.4 Übersteigen des Grenzbetrages	274
2.5.5 Inanspruchnahme der Steuergrenzen durch den Arbeitgeber	275
2.6 Auswirkung der Entgeltumwandlung auf tarifliche Bezüge und Rentenleistungen	277
2.6.1 Tarifliche Bezüge	277
2.6.2 Zusatzversorgungspflichtiges Entgelt	277
2.6.3 Gesetzliche Rente	277

2.7	Entgeltumwandlung unmittelbar vor Beginn einer Altersteilzeit	277
2.8	Versteuerung der Rentenleistung	278
2.9	Lebenslange Rente oder Kapitalabfindung	279
2.10	Hartz-IV-Sicherheit der Rentenleistung	279
2.11	Der Versicherungsvertrag	279
2.11.1	Arbeitsvertragliche Vereinbarung	279
2.11.2	Versicherungsrechtliche Abwicklung	280
2.12	Fortführen der Versicherung nach Ende des Arbeitsverhältnisses	280
2.13	Die Vorteile des Durchführungsweges „Pensionskasse Zusatzversorgung“	281
3.	Die staatliche Förderung über Zulagen und steuerlichen Sonderausgabenabzug – die sog. Riester-Förderung	282
3.1	Förderungsberechtigter Personenkreis	282
3.2	Altersvorsorgevertrag	283
3.3	Die Zulage	284
3.3.1	Grundzulage und Kinderzulage	284
3.3.2	Der Eigenbeitrag	285
3.3.3	Der Sockelbeitrag	286
3.3.4	Riester-Förderung während einer Elternzeit	287
3.3.5	Riester-Zulagen in der Pflichtversicherung	288
3.4	Der Sonderausgabenabzug	289
3.5	Verhältnis Sonderausgabenabzug zu Zulage	290
3.6	Schädliche Verwendung	290
3.7	Besteuerung der Altersvorsorgeleistungen	291
3.8	Verfahren in der Zusatzversorgung	292
3.8.1	Versicherungsvertrag	292
3.8.2	Beantragung der Förderung – Zulagenantrag	292
3.8.3	Geltendmachung des Sonderausgabenabzugs	293

	Seite
Teil G Entgeltliste, Tabellenteil, Buchungsschlüssel	295
1. Entgeltliste	295
2. Höchstgrenze des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts für das Vorliegen der Versicherungspflicht (§ 19 Abs. 1 Buchst. k d. S.)	306
2.1 Tarifgebiet West	306
2.2 Tarifgebiet Ost	308
3. Grenzwerte für die zusätzliche Umlage von 9 v. H. (§ 76 d. S.)	309
3.1 Tarifgebiet West	309
3.2 Tarifgebiet Ost	310
4. Grenzwert nach § 62 Abs. 2 der Satzung für die Bemessung der Umlage	311
4.1 Tarifgebiet West	311
4.2 Tarifgebiet Ost	312
5. Steuerrelevante Grenzwerte	313
6. Erläuterung der Buchungsschlüssel	314
6.1 Erläuterungen zu den Einzahlermerkmalen	314
6.2 Erläuterungen zu den Versicherungsmerkmalen	314
6.3 Erläuterungen zu den Steuermerkmalen	321
Stichwortverzeichnis	323